

Jugend & Familie

Ausgabe Oktober 2014 / Nr. 10

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich



Bei vielen kinderreichen Familien wird Ende Monat das Haushaltsgeld knapp. Wir helfen in solchen Fällen mit einer Lebensmittellieferung (M-Budget). Eine der Familien, die hiervon profitieren konnte, ist Familie Bernhard aus dem Emmental. Sie malte mit ihren Kindern als Dank für all unsere Spenderinnen und Spender das obige Plakat. Diesen Dank geben wir sehr gerne weiter!

Frauen an die Arbeitsplätze?

Obwohl die Schweiz bereits eine sehr hohe Frauenerwerbsquote hat, intensiviert der Bundesrat seine Anstrengungen, um noch mehr Mütter zur Erwerbsarbeit zu zwingen. Familienpolitisch ist dies höchst unfair.

Gewissermassen als ob in der Erziehungs- und Hausarbeit tätige Mütter den ganzen Tag nur herumlungern würden, brachte das Blättchen «NZZ am Sonntag» am 31. August einen Artikel mit dem Titel «Frauen an die Arbeitsplätze!». Thema war der Appell von Bundesrat Schneider-Ammann, wonach aufgrund der Abstimmung vom 9. Februar (Beschränkung der Zuwanderung) aus wirtschaftlichen Gründen mehr Frauen fürs Berufsleben aktiviert werden müssten.

Bereits enorm hohe Frauenerwerbsquote

Doch blicken wir zuerst kurz auf die Fakten: Tatsächlich hat die Schweiz nämlich bereits heute eine der höchsten Frauenerwerbsquoten. So waren im Jahr 2013 gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) 78% der 15- bis 64-jährigen Frauen berufstätig.

Ein grosser Teil davon – nämlich 58,6% – war zwar teilzeitbeschäftigt, aber viele dieser erwerbstätigen Frauen (nämlich 33,2%) hatten ein hohes Teilzeitpensum von zwischen 50 bis 90%.

Unverantwortliche Doppelbelastung

Zugleich liegt die Hausarbeit nach wie vor in den Händen der Frauen: Gemäss der «Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung» (SAKE) des BFS waren von den Müttern in Haushalten mit Kindern unter 15 Jahren über drei Viertel alleine für die Hausarbeit verantwortlich. Mütter, deren jüngstes Kind das siebte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, engagieren sich im Durchschnitt wöchentlich über 55 Stunden für Haushalt und Familie. Nicht zuletzt bei unserer Hilfstätigkeit für Familien in Not sehen wir, dass viele Mütter

Ein riesiger Dank für jedes Mittragen!

Liebe Leserin,
lieber Leser



Gleich zwei Anlässe waren für uns letzten Monat eine grosse Ermutigung: zuerst unser 17. Schweizerischer Familientag vom 6. September in Gossau/SG und dann am 20. September der «Marsch fürs Läbe» in Zürich. Während am Familientag rund 550 Familien, Eltern und Kinder teilnahmen, versammelten sich in Zürich etwa 2'500 Personen zum Marsch durch die Zürcher Innenstadt. In beide Anlässe haben wir viel Zeit und Energie investiert.

Das Lebensrecht wird für uns ein wichtiges Thema bleiben. Mit dem Entscheid des Ständerates, bei der Präimplantationsdiagnostik (PID) ein flächendeckendes Screening zu-

zulassen, verlieren ungeborene Behinderte immer mehr ihre Lebenschance. Die Räte müssen sich nochmals mit der Vorlage beschäftigen und anschliessend steht ein Referendum an, welches wir ganz sicher unterstützen werden.

Allerdings müssen wir während der kommenden Monate auch unsere Hilfe für Familien in Not wieder intensivieren. Dabei helfen uns nicht zuletzt die auf unseren Bettagsbrief hin eingegangenen Gaben. Vielen, vielen Dank für diese wertvolle Unterstützung!

Zudem sind wir bereits bei der Vorbereitung unserer jährlichen Adventsaktion für kinderreiche Familien, welche Ende November startet. Wir werden Sie hierüber im nächsten Rundbrief informieren.

Nochmals vielen herzlichen Dank für jedes Mittragen unserer Arbeit – für jedes gute Wort, für jede Gabe, für jedes Gebet!

In herzlicher Verbundenheit



Käthi Kaufmann-Eggler
Präsidentin «Jugend und Familie»

(und Ehen!) an der Doppelbelastung von Beruf und Familie zerbrechen. Und trotzdem sollen diese Frauen jetzt auf bundesrätliches Geheiss noch stärker in den Erwerbsprozess genötigt werden.

Schneider-Ammanns Pläne

Mitte September konkretisierte Schneider-Ammann seine Forderungen und will einerseits einen Wechsel im Steuersystem und andererseits den Ausbau von Betreuungsplätzen im Vorschul- und Schulalter. Bei der Vorschulbetreuung hat das Parlament in der Herbstsession einer Weiterführung der Krippenfinanzierung bis 2019 mit 120 Millionen Franken zugestimmt. Eine neue Arbeitsgruppe soll sich zudem um die Finanzierung von Tagesstrukturen ab vier Jahren kümmern. Dazu gehört auch die Prüfung einer «stärkeren Beteiligung durch den Staat (eventuell mit Betreuungsgutscheinen)». Die Kantone sollen sich nach Schneider-Ammann noch deutlicher als im Harmos-Konkordat auf ein Betreuungsangebot verpflichten, welches per Monitoring kontrolliert würde. An sich sind hierfür Kantone und Gemeinden zuständig. In der Stadt Zürich beispielsweise werden von 27'000 Schülern rund 13'000 am Mittag oder nach der Schule in Horten betreut.

Vielleicht kann jemand helfen?

- **Bauernbub sucht Akkordeon:** Der 12-jährige Aaron aus dem Kanton Solothurn spielt gerne Akkordeon. Baldmöglichst sollte er auf ein grösseres Instrument umsteigen (sog. «Knopfakkordeon», kein diatonisches). Wer hat irgendwo ein gut erhaltenes Instrument für den jungen Musikanten?
- **Wäschetrockner für Familie in der Innerschweiz:** «Wir haben 5 Kinder von 18 Jahren bis 3 Jahren und da kommt halt schon was zusammen. Wir suchen nun einen sehr günstigen Wäschetrockner, da sich die Wäsche stapelt – besonders im Winter – und ich dann alles im Wohnzimmer aufhängen muss. Unser ältester Sohn bringt mir alle zwei Wochen auch noch seine Wäsche und dann muss ich alles übers Wochenende gewaschen haben.» Vielleicht weiss jemand Hilfe?
- **Familie im Zürcher Oberland sucht einen Esszimmertisch:** Eine Mutter schreibt uns: «Wir sind eine 6-köpfige Familie, die gerne Besuch empfängt. Daher suchen wir einen grossen massiven Esszimmertisch aus Holz, ca. 3 Meter lang, am liebsten mit je einer Bank (anstelle von Stühlen). Herzlichen Dank!»
- **Eine Querflöte für Valérie:** Ein sechsfacher Vater aus dem Bündnerland schreibt uns: «Wir suchen eine gute Querflöte für unsere Valérie (11). Wir wollen vermehrt geistliche Musik machen als Familie, und Valérie hat nun an der Musikschule mit Querflötenunterricht begonnen. Sie ist wirklich gut und hat schon einen sehr guten Ansatz mit den Lippen.» Vielleicht kann jemand der musikalischen Valérie ein solches Instrument gratis oder günstig überlassen?



Endlich Beseitigung der Heiratsstrafe?

Beim zweiten Punkt – der Steuerfrage – möchte Schneider-Ammann am liebsten einen Übergang zur Individualbesteuerung, wo beide Ehepartner separat besteuert werden. Noch abgestimmt werden muss jedoch zuerst über die «CVP-Initiative gegen die Heiratsstrafe», welche ein Familiensplitting vorschlägt. Dabei würde das Gesamteinkommen eines Paares geteilt. Dieses Modell steht der Familie viel näher als die Steuerindividualisierung der Liberalen. Der Bundesrat hat die CVP-Initiative letztes Jahr unterstützt, während die Diskussion in den Räten noch aussteht.

Bereits 1984 (!) hatte das Bundesgericht eine Korrektur der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren verlangt und dreissig Jahre hat sich nichts bis wenig getan. Ein Grund, wieso der Bundesrat jetzt plötzlich die «Heiratsstrafe» beseitigen möchte, ist die Stärkung der Anreize für ein Zweitverdienst. Heute wird bei verheirateten Doppelverdienern ein Grossteil des Zweiteinkommens aufgrund der Steuer-Progression nämlich gleich wieder weggefressen. Mit einem Wegfall dieses Nachteils könnte das Interesse an einem

Zweiteinkommen wieder wachsen: Mehr Frauen gingen wieder beruflich arbeiten. Dies entspricht der Strategie des Bundesrates.

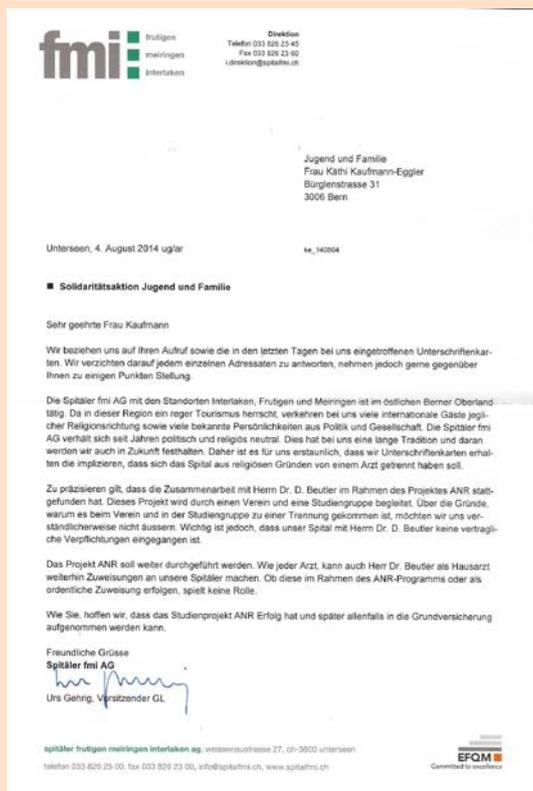
Kinderzulagen vom Staat gleich wieder einkassiert

Ansonsten zeigen Bundesrat und Parlament allerdings kaum Interesse, die Familien finanziell zu entlasten. So lehnte es am 15. September nach dem Nationalrat auch der Ständerat mit 27 gegen 14 Stimmen ab, die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern zu befreien. Auch hier war Auslöser der Diskussion eine CVP-Initiative. Tatsächlich verteilt der Staat bei den Kinderzulagen Geld, um dieses mit den Steuern (zum Teil) dann gleich wieder einzukassieren. Das macht keinen Sinn. Zudem würde mit einer Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen vor allem der Mittelstand entlastet.

Steuerliche Entlastung zu teuer?

Als Argument gegen diese steuerliche Entlastung der Familien führte Finanzministerin Widmer-Schlumpf an, dass eine Annahme der CVP-Initiative zu Steuerausfällen von rund 200 Millionen beim Bund und 800 Millionen bei den Kantonen führen würde. Dies ist offenbar nicht tragbar.

Erfolgreiche Solidaritätsaktion mit dem christlichen Arzt Daniel Beutler



In unserem Rundbrief vom Juli hatten wir unter dem Titel «Christlicher Arzt zum Rückzug von Drogenentzugsprojekt genötigt!» zu einer Solidaritätsaktion mit Dr. med. Daniel Beutler aufgerufen. Dieser war aufgrund rufschädigender Artikel in der «NZZ am Sonntag» und insbesondere im «Beobachter» zum Rückzug aus dem vielversprechenden ANR-Drogenentzugsprojekt am Spital Interlaken gezwungen worden. Inzwischen sind beim Direktor des Spitals, Urs Gehrig, hunderte von Protestschreiben eingetroffen, und Dr. Beutler lässt allen Beteiligten für dieses eindrückliche Solidaritätszeichen herzlich danken. Der Spitaldirektor hat inzwischen mit einer Stellungnahme reagiert, die wir hier abdrucken.

Zudem haben wir auch nochmals den E-Mail-Verkehr zwischen Dr. Beutler und den beiden Redaktorinnen der «NZZ am Sonntag» und des «Beobachters» durchgesehen. Dabei hat sich

erneut der Eindruck bestätigt, dass es ganz klar die religiösen und politischen Überzeugungen von Dr. Beutler als bekennender Christ waren, welche das ganze Kesseltreiben ausgelöst haben und zu seinem Rückzug aus dem ANR-Projekt führten. Auch die Spitalleitung Interlaken war daran beteiligt, selbst wenn keine vertraglichen Beziehungen zwischen Dr. Beutler und dem Spital bestehen.

Nochmals vielen Dank an alle, die diese wichtige Aktion mitgetragen haben!

Bei den Krippengeldern gehts ja auch!

Tragbar waren für die Eidgenössischen Räte in der Herbstsession demgegenüber weitere 120 Millionen für die Krippenfinanzierung. Diese war 2003 als befristetes Impulsprogramm gestartet worden und wurde 2011 ein erstes Mal verlängert. Seither hat der Bund rund 300 Millionen für die Subventionierung von 43'000 Betreuungsplätzen bereitgestellt. Auch für den 2011 eingeführten Fremdbetreuungsabzug bei den Steuern war – im Gegensatz zur Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen – das Geld vorhanden. Aber wie erwähnt: All diese Massnahmen dienen dem Zweck, mehr Mütter ins Berufsleben zu nötigen. Die Entlastung der Familien als solche ist dabei sekundär.

Celsa Brunner

Kurzmeldungen

Keine Geschlechterselektion

Der Bundesrat soll gegen Abtreibungen vorgehen, die einzig erfolgen, weil das Geschlecht des Kindes nicht dem Wunsch der

Eltern entspricht. Der Ständerat hat am 16. September stillschweigend eine entsprechende Motion von Pascale Bruderer (SP/AG) angenommen. Diese geht nun an den Nationalrat. (sda)

Eheverbot für Transsexuelle rechtens

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat eine Beschwerde gegen das Eheverbot für Transsexuelle in Finnland abgewiesen. Dem Kläger hatten die finnischen Behörden nach dessen Geschlechtsumwandlung einen Personalausweis als Frau verweigert, weil er verheiratet war. Er hätte sich scheiden lassen und eine eingetragene Partnerschaft abschliessen müssen. Der frühere Mann ist seit 18 Jahren verheiratet und lebt in Helsinki zusammen mit seiner Ehefrau und einem heute 12-jährigen gemeinsamen Kind. Nach Ansicht der Richter ist es nicht unangemessen, die Umwandlung einer Ehe in eine eingetragene Partner-

schaft zu verlangen, um eine Geschlechtsumwandlung offiziell anerkennen zu lassen. (dpa)

Zu viele Suizide

800'000 Personen nehmen sich weltweit jedes Jahr das Leben. Im weltweiten Durchschnitt sind Suizide die Ursache bei 50% der gewaltsamen Todesfälle von Männern und sogar bei 71% von Frauen. In fast allen Weltregionen gab es die höchsten Suizidraten bei über 70-Jährigen. Bei Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren war Suizid 2012 jedoch die zweithäufigste Todesursache. Zwei Drittel der Suizide geschehen in Entwicklungsländern. Zu den gefährdetsten Menschen zählen jene, die bereits einen Versuch hinter sich haben. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) forderte deshalb am 4. September ihre Mitgliedsländer auf, mehr für die Prävention zu tun. Zur Reduktion von Suiziden ist laut WHO die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen nötig. Neben dem Gesundheitssektor seien auch

«Marsch fürs Läbe 2014»: Ein starkes Zeichen der Solidarität mit ungeborenen Behinderten!



Am «Marsch fürs Läbe» vom 20. September in Zürich wurde in der Öffentlichkeit ein starkes Zeichen für das Leben gesetzt! Unter dem Slogan «One of us!» drückten die über 2'500 Teilnehmenden ihre Solidarität mit vom Down-Syndrom betroffenen Menschen aus. Aufgrund pränataler Tests verlieren Menschen mit solchen Behinderungen zunehmend ihr Lebensrecht: Über 90 Prozent der Ungeborenen werden abgetrieben. Der deutsche Kinderarzt, Genforscher und Buchautor Holm Schneider machte Mut, auch Kinder mit einem Down-Syndrom willkommen zu heissen. Und eine junge Frau, die selbst am Down-Syndrom leidet, erzählte vom Wert und den Freuden ihres Lebens und Arbeitens. Mit einem ökumenischen Gottesdienst von Bischofsvikar Christoph Casetti (Chur) und dem reformierten Pfarrer Daniel Schaltegger (Wetzikon/ZH) wurde der Anlass beendet. Für 2015 hat bereits der Freiburger Bischof Charles Morerod eine Zusage gegeben, weshalb als Veranstaltungsort Bern oder Freiburg ins Auge gefasst werden.

Schulen, die Justiz oder der Arbeitsmarkt gefordert.

Die WHO will die Suizidrate bis 2020 um 10% vermindern. Im letzten Jahr beschlossen die 194 WHO-Mitglieder einen entsprechenden Aktionsplan. Bis heute verfügen aber nur 28 Länder über einen solchen Plan. Die Schweiz zählt noch nicht dazu. Ein entsprechender Plan soll aber 2016 vorliegen. Laut Bundesamt für Gesundheit nahmen sich 2012 in der Schweiz 972 Personen das Leben, nicht

eingerechnet die Suizide durch Sterbehilfe. (sda)

Bundesrat verteidigt Aids-Kampagne

Wie der Bundesrat am 28. August mitteilte, ist die diesjährige HIV-Kampagne «Love Life – und bereue nichts» des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) aus seiner Sicht ein Erfolg. Die Kampagne vermittele Selbstbestimmung und Verantwortung als zentrale Werte und ein Abbruch komme deshalb

nicht infrage. Auf die Frage, wie sich denn zwei Lesben mit dem Kondom gegen HIV schützen wollen und ob es bei den entsprechenden BAG-Plakaten nicht eher um Pornografie gehe, wollte der Bundesrat nicht eingehen. (sda)

Alkoholkonsum auf Tiefststand

Bier und Spirituosen büssen in der Schweiz an Beliebtheit ein. Hierzulande trank die Bevölkerung 2013 pro Kopf umgerechnet 8,3 Liter reinen Alkohol. Noch in den achtziger Jahren trank jede Bewohnerin und jeder Bewohner der Schweiz jährlich umgerechnet rund 11 Liter reinen Alkohol. (sda)

Gebetsanliegen des Monats:

Wir beten:

- Für einen Urner Bergbauern, dass er sich von seiner schweren Hirnverletzung erholt und bald zu seiner tapferen Frau und den drei Kindern heimkehren kann;
- Für eine fünfköpfige Familie in Bern, dass sie bald eine neue, finanzierbare Wohnung findet;
- Für die Heilung eines schwer suchtkranken Vaters aus dem Berner Oberland (Familie mit vier Schulkindern);
- Für den Vater einer siebenköpfigen Familie aus dem Bündnerland, dass er nach jahrelangem Suchen eine Stelle als Versicherungsberater findet;
- Immer wieder für die schon vor Jahren an ALS erkrankte Mutter unserer allergrössten Familie (mit 16 Kindern): Schenke DU, allmächtiger Vater, ihr und ihren Lieben jeden Tag neu Heil und inneren Frieden.

Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich
Jahresabonnement: Fr. 20.–
Spendenkonto PC 80–33443–1
Redaktion dieser Ausgabe:
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76
E-Mail: kaufmanns@livenet.ch
www.jugendundfamilie.ch
Hilfesuche betreffend Familien in Not
sind zu richten an:
Franziska Wyss, Pilatusblick 24,
6015 Luzern, Telefon 041 340 04 52
Adressänderungen bitte an den Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»
Postfach 4053, 8021 Zürich
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach